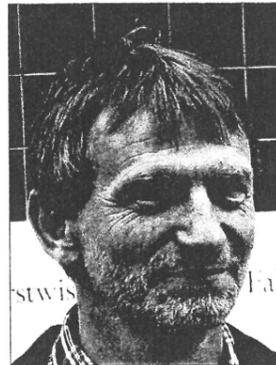


5.9 Schutzwald - Spannungsfeld der Interessen

(Professor Dr. Michael Suda; Lehrstuhl für Forstpolitik an der TU München)

von
Michael Suda, Klaus Wagner und Gaby Müller¹

Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstgeschichte
Am Hochanger 13
85354 Freising
Tel.: 08161/714625



Einleitung im Blick zurück

Naturereignisse, die zu Katastrophen wurden, haben in der Geschichte der Berg- und Schutzwälder immer eine bedeutende Rolle gespielt. So waren die ersten Regelungen über Schutzwälder in Bayern 1852 eine Reaktion auf Katastrophen, die den gesamten Alpenraum erfasst haben. Auch in den Nachbarländern entstanden in diesem Zeitraum Regelungen, die festlegten, was Schutzwälder sind, welche Maßnahmen verboten, welche Handlungen einer Erlaubnis unterstellt werden sollen. Diese Regelungen haben im Grundsatz bis heute Bestand.

Ein herausragendes Dokument des letzten Jahrhunderts ist der Alpenplan. Ausgangspunkt für die Diskussionen und Entscheidungen bildeten auch dieses Mal die schockierenden Ereignisse des Jahres 1954 - nicht die Fußballweltmeisterschaft, sondern zahlreiche Überschwemmungen und Muren -, die mit der Aussage verknüpft wurden, dass ein Kulturstaat, der diese Zerstörungen hinnimmt, keine nachhaltige wirtschaftliche Blüte erreichen wird. Katastrophen in Form von Muren, Lawinen und Hochwasser standen einer weiteren Entwicklung des Alpenraumes im Wege. Die wirtschaftliche Blüte sollte ermöglicht, eine Industrieansiedlung gefördert, der Fremdenverkehr entwickelt werden. Getragen wurde der Alpenplan primär von ökonomischen Interessen in Verbindung mit den Gedanken der technischen Machbarkeit und Beherrschbarkeit der Erosion. Die Wirtschaft eines hochentwickelten Landes stellte sich die Frage, ob sie sich Naturkatastrophen leisten kann. Die Technik bot die Möglichkeit auch durch das Gebirge leistungsfähige Adern zu bauen, um vor allem den Fremdenverkehr, der die wirtschaftliche Vorherrschaft im Bayerischen Alpenraum angetreten hatte, zu unterstützen. Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft im Gebirgsraum war rückläufig - der primären Produktion wurde zunehmend eine dienende Rolle zugeordnet.

Ende der 60-er Jahre wurde deutlich, dass die rasante Entwicklungsdynamik des Fremdenverkehrs die Schutzfähigkeit der Wälder überforderte und immer mehr technische Sicherheitsmaßnahmen notwendig wurden. Das Ganze gipfelt in der Annahme: "Ohne technische Verbauung wäre ein Leben im Gebirge nicht mehr möglich". In diese Zeit fiel die Entwicklung und Abstimmung des Alpenplanes. Im Vordergrund stand daher die ökonomische Entwicklung des Alpenraumes. Sowohl wasserwirtschaftliche Maßnahmen, als auch Maßnahmen im Bereich der Schutzwälder hatten dienende Aufgaben. Thematisiert wurde einerseits die abnehmende Schutzfähigkeit der Bergwaldbestände - die Begriffe

¹ Prof. Dr. Michael ist Leiter, Klaus Wagner und Gaby Müller sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstgeschichte der Technischen Universität München.

„Überalterung“ oder „Vergreisung“ nahmen Einzug in die Diskussion. Andererseits fanden sich Hinweise auf die gestörte Verjüngung. Als Ursache wurden vor allem ein überhöhter Schalenwildbestand und die Waldweide genannt.

Die 80-er Jahre waren gekennzeichnet von Elementen eines erwarteten und prognostizierten Waldsterbens. Die Symptome waren im Bergwald besonders stark ausgeprägt. Untersuchungen zeigten, dass die Schäden mit der Steilheit der Hänge zunahmen, was die Brisanz deutlich erhöhte. Aufgrund einer erwarteten Minderung der Schutzwirkung bildete gerade der Bereich des Alpenraumes ein wichtiges Aktionsfeld für Politik und Wissenschaft. Vor allem mit Hilfe der Szenariotechnik wurde aufgezeigt, welche Folgen bei einer zunehmenden Entwaldung der Steilhänge zu erwarten wären. Insbesondere die sehr plakative Darstellung im Stern (Neuschwanstein ohne umgebenden Wald) dürfte vielen im Gedächtnis geblieben sein. Für den bayerischen Alpenraum wurden darüber hinaus zwei „Katastrophenkarten“ entwickelt, die aufzeigten, welche Bereiche besonders gefährdet sind (SUDA 1987). Dieser Aspekt der Sorge um die Wälder und die mit einer Auflösung verbundenen Auswirkungen bildeten das Keimbett der Schutzwaldsanierung.

In den 80-er Jahren also 15 Jahre nach Verabschiedung des Alpenplanes finden wir somit eine deutlich unterschiedliche Einschätzung der Situation. Die Hauptgefahren für den Bergwald gehen nun vom Flächenverbrauch für Siedlungen, Infrastruktur- und Erholungseinrichtungen, von wachsendem Massentourismus, überhöhten Wildbeständen und von der in allen Industrieländern thematisierten Luftverschmutzung aus. Die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen des Ausbaus des Fremdenverkehrs, der zunehmende Flächenverbrauch und der damit verbundene Anspruch an „Sicherheit“ stellen an den Bergwald und seine Schutzfähigkeit erhöhte Ansprüche.

In der Auseinandersetzung um die Schutzwälder lässt sich somit ein Wandel feststellen. War es zunächst erforderlich durch rechtliche Regelungen ein Bewusstsein für die Rolle dieser Wälder im Gebirgsraum zu schaffen, so waren es in der Folgezeit vor allem ökonomische Aspekte, die diese Wälder in Wert setzten. Szenarien im Zusammenhang mit dem Waldsterben ersetzen in den 80-er Jahren erstmals tatsächliche Katastrophenereignisse und bilden die Grundlage für politische Entscheidungen, wie z.B. das Schutzwaldsanierungsprogramm. Weniger der naturwissenschaftlich messbare Zustand der Wälder als vielmehr der durch Katastrophenereignisse und -szenarien ausgelöste gesellschaftliche Diskurs bestimmen den Umgang mit den Schutzwäldern. Somit wird deutlich, dass der Kommunikation für den Umgang mit den Schutzwäldern gegenwärtig zentrale Bedeutung zukommt.

Um dieses Thema genauer zu analysieren sind wir im Rahmen von zwei Forschungsvorhaben folgenden Fragen nachgegangen:

1. Auf welchen Informationswegen sollten welche Informationen an wen gesandt werden, um mit diesen Informationen die Menschen zu erreichen und sie zu einem an die Gefahren angepassten Handeln zu bewegen.
2. Gelingt es eine Gruppe von verantwortlichen und betroffenen Akteuren an einem runden Tisch zu versammeln, gemeinsam mit ihnen über ihren Schutzwald nachzudenken und erforderliche Maßnahmen im Konsens zu beschließen.

Beide Forschungsansätze sind praxisnah, weniger auf die Bildung von Theorien, als vielmehr auf die Umsetzung in der Praxis ausgerichtet.

Wahrnehmung von Naturgefahren - Motor der Schutzwaldsanierung?

Eine kleine Utopie:

Herr Maier, der in der Nähe eines Wildbachs wohnt, hört morgens in den Nachrichten, dass für Abends schwere Gewitter angesagt sind. Da er am Abend nicht zu Hause sein will, verschließt Herr Maier vorsorglich die Kellerschächte seines Hauses mit Metallklappen und bittet seinen Nachbarn, im Falle eines schweren Gewitters, seine Haustüre mit ein paar Sandsäcken zu schützen. Als Herr Maier am Abend nach Hause kommt, hat der Wildbach zwar durch Geröll und Treibholz den Garten verwüstet, in seinem Haus sind dagegen keine Schäden entstanden.

Dieser Utopie stehen jedoch mehrere Probleme entgegen. Z.B. spielt der Effekt der kognitiven Dissonanz eine gewichtige Rolle (FESTINGER 1957). Informationen, die dem eigenen Wertsystem bzw. Denkmustern widersprechen, werden nicht wahrgenommen bzw. verharmlost. Wenn das eigene Haus, das man nicht verlassen will oder kann, von einer Rutschung bedroht ist, wird sehr häufig die Gefahr geleugnet, Warnungen in den Wind geschlagen, Experten kein Glauben geschenkt und als Beweis auf das hohe Alter des eigenen Hauses verwiesen usw. (BADER und KUNZ 1998). Ein weiterer wichtiger Effekt ist die

Halbwertszeit des Vergessens.

Untersuchungen, die wir unter der Bevölkerung in gefährdeten Bereichen durchgeführt haben, ergeben ein, für die Diskussionen im Umfeld von Naturereignissen interessantes Ergebnis. Nach einem Zeitraum von nur 10 Jahren erinnert sich nur noch die Hälfte der Anwohner an einem Wildbach an ein Hochwasserereignis, nach weiteren 30 Jahren erinnert sich nur noch jeder zehnte Anwohner. Die Halbwertszeit von solchen extremen Ereignissen beträgt somit ca. 14 Jahre. Dies bedeutet, dass auch Katastrophen relativ schnell aus dem Gedächtnis entfernt werden und keine langfristige Wirkung auf Einstellung oder Tun der Menschen angenommen werden sollte. Um die Erinnerung, an solche Ereignisse wach zu halten, kommt auf die öffentlichen Verwaltungen in ihrer Rolle als kollektives Gedächtnis eine zentrale Aufgabe zu.

Im Rahmen einer Untersuchung im Auftrag des damals so bezeichneten Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen wurde ein Kommunikationskonzept entwickelt, das dazu beitragen soll, Erinnerungen wach zu halten, das Naturgefahrenbewusstsein zu stärken und die private Vorsorge und die Akzeptanz für wasserwirtschaftliche Maßnahmen zu verbessern.

Wie informieren sich die Menschen über Naturgefahren?

Das Naturgefahrenbewusstsein der Bevölkerung speist sich aus mehreren Quellen. Neben der eigenen Beobachtung, gewinnt immer mehr die Berichterstattung in den Medien an Bedeutung. Die Informationen werden aber nicht unmittelbar in das eigene Wissen aufgenommen, sondern im Lichte der eigenen Erfahrungen, Normen und Werthaltungen bewertet und verändert. Neben diesem Prozess der Informationsaufnahme spielt auch der dargestellte Prozess des Vergessens oder auch Verdrängens eine wichtige Rolle.

Bei der mittelbaren Wahrnehmung spielen die Medien die wichtigste Rolle. Über 75% der Befragten gaben an, diese oft bis sehr oft zu nutzen. Gut ein Viertel der Befragten informiert sich grundsätzlich nur wenig bzw. selten über Naturgefahren, ein Drittel nutzt zumindest regelmäßig die Medien. Durch die intensive Berichterstattung in den Medien über überregionale Schadereignisse (z.B. Rhein, Oder, Elbe) setzt sich die Bevölkerung eine Flachlandbrille auf: So gehen 22 % der Befragten davon aus, dass nur lang anhaltende



Niederschlagsereignisse zu einem Hochwasser der Wildbäche führen können. Oder sie empfehlen den Bau von Hochwasserdämmen, die Renaturierung der Gewässer und die Schaffung von Retentionsräumen als Maßnahmen gegen drohende Wildbachgefahren.

Gibt es Wissensdefizite?

Während die Entstehungsprozesse von Hochwasserereignissen relativ gut verstanden werden, weist das Wissen der Bevölkerung bei folgenden Themen große Lücken auf:

- Entstehungsprozesse Rutschung (die auslösenden Prozesse werden nicht verstanden)
- Entstehungsprozesse Murgang (die Auswirkungen werden nicht zutreffend eingeschätzt)
- technische Verbauungen (die Funktionsweise der Maßnahmen wird häufig nicht verstanden)
- Eigenvorsorge (Notfallmaßnahmen und Versicherungen sind zu wenig bekannt)

Wie soll die Information verpackt werden?

Bei Broschüren, Faltblättern, Wanderausstellungen und Lehrpfadtafeln besteht neben den entstehenden Kosten das Problem darin, sie so attraktiv zu gestalten und eine angemessene (Bild-)Sprache zu verwenden, damit sie nicht nur durchgeblättert bzw. betrachtet sondern gelesen und verstanden werden. Über Veranstaltungen und direkte Gespräche mit den Betroffenen kann ein deutlich größerer Einfluss auf das Naturgefahrenbewusstsein ausgeübt werden. Durch Nachfragen im Dialog verfestigt sich das gehörte, Verständnis- und Bewertungsprobleme können erkannt und geklärt werden. So hatten Personen, die sich hauptsächlich über die Medien informierten, ein signifikant schlechteres Wissen über Naturgefahren als solche, die zusätzlich in das lokale Umfeld (Nachbarn, Gemeindevertreter) eingebunden sind. Ein hohes Interesse ist bei drängenden Problemen bzw. nach Schadereignissen zu erwarten.

Aus den Erkenntnissen der Kommunikationswissenschaften lassen sich sogenannte Nachrichtenfaktoren ableiten (GALTUNG und RUGE 1965). Diese Faktoren steigern das Interesse an den dargebotenen Informationen und erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Menschen die Informationen auch merken. Voraussetzung dafür, dass sich die Menschen überhaupt für ein Thema interessieren ist, dass die Information in der Alltagswelt anknüpfungsfähig ist. Relevante Informationen beziehen sich häufig auf Ereignisse, die sich in der Nähe abspielen, von besonderer Tragweite sind und die Empfänger der Nachricht betroffen machen. Enthält die Nachricht Informationen über mögliche materielle oder auch ideelle Folgen, so steigt die Wahrscheinlichkeit der Rezeption. Als dritter Aspekt zeigt sich, dass sowohl die Kontinuität der Information, als auch der Bekanntheitsgrad des Senders große Bedeutung haben.

Der Tenor der Kommunikation sollte von einem bislang für Verwaltungen typischen „Wir schützen euch!“ zu einem „Gemeinsam für eine optimale Sicherheit!“ geändert werden. Bei der Außenkommunikation stehen Informationen über Schutzmaßnahmen im Vordergrund und zu wenig die möglichen Vorsorgemaßnahmen des Einzelnen.

Zeitliche Fenster für inhaltlich verwandte Themen

Die Wahrnehmungsschwelle kann nicht nur durch eine optimale Gestaltung der Informationen überwunden werden, sondern auch zu Zeiten erhöhter Aufmerksamkeit für das Naturgefahrensthema. Falls z.B. wie im Herbst 2000 die Nachrichten von der Rutschung in Gondo die überregionalen Medien dominieren, erhalten auch Nachrichten über örtliche Gefahren eine zentralere Stelle in den regionalen Zeitungen und werden stärker von den Empfängern wahrgenommen



Vielfalt der Kanäle

Eine erfolgreiche Information der Bevölkerung bedarf sowohl der indirekten als auch der direkten Kommunikation (SOOD 1982). Über die Massenmedien, Broschüren, Schautafeln usw. kann ein bestimmtes Informationsniveau erreicht werden, sollen aber Verhaltensänderungen erreicht werden bzw. von Naturgefahren Betroffene genügend informiert werden, sind unterschiedliche Formen der direkten Kommunikation notwendig. Die im Folgenden vorgestellten Wege stellen Anregungen dar, die Informationsvermittlung möglichst vielschichtig zu gestalten, um eine möglichst umfassende Information der Bevölkerung zu erreichen.

Stumme Zeugen

Z.B. Hochwassermarken sollten nicht nur an großen Flüssen sondern auch an den Wildbächen die Erinnerung an vergangene Schadereignisse wach halten, da heutzutage das Wissen über Schadereignisse wegen der größeren Mobilität der Bevölkerung schlechter erhalten bleibt.

Informationstafeln bei größeren Verbauungsmaßnahmen

Das Wissen über die Maßnahmen der Wasserwirtschaftsämter oder der Forstverwaltung ist relativ schlecht. Durch die Aufstellung einer Informationstafel z.B. an einem Treibholzrechen, einer Murgangsperrung oder einer Lawinverbauung, auf der die Naturgefahr und der Sinn der Gegenmaßnahme erklärt wird, können solche Wissensdefizite verringert werden.

Während die durchschnittlichen Lesezeiten innerhalb einer Ausstellung um 20 Sekunden schwanken, werden Tafeln im Gelände deutlich länger und wiederholt betrachtet. Der Informationsgehalt der Tafel kann daher deutlich höher sein (Lesezeit bis 3 Minuten).

Bei Presseterminen auch die lokale Bevölkerung informieren

Durch ein solches Vorgehen werden direkte und indirekte Kommunikation verknüpft. Die während des Pressetermins anwesenden Anwohner können als Multiplikatoren wirken. Nachbarn, die nur über die Presse von den Inhalten der Veranstaltung erfahren, haben über den persönlichen Kontakt die Möglichkeit, sich noch genauer zu informieren. Ein weiterer positiver Effekt ist, dass die Journalisten durch die Möglichkeit des Gesprächs mit Betroffenen zusätzliche Nähe in ihren Berichten schaffen können.

Wahrnehmung - Interessen - Handlungen ... mit Mediation zum Erfolg

In der Bundesrepublik Deutschland wurden bislang ungefähr 100 Umweltmediationsverfahren durchgeführt (vgl. ZILLEBEN 1998). Im Umfeld der Waldgestaltung oder Schutzwaldsanierung liegen bislang keine Erfahrungen vor. Daher war es für uns eine besondere Herausforderung mit diesem Verfahren Neuland zu betreten. Dem Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten sei an dieser Stelle für das in uns gesetzte Vertrauen gedankt.

Mediationsverfahren nutzen die Interessenunterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen und bieten allen beteiligten Gruppen die Möglichkeit gemeinsam eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. Der Grundgedanke der Umweltmediation ist, mit den an der Situation Beteiligten oder von ihr Betroffenen außerhalb von gesetzlichen Verfahren einen Lösungsweg zu suchen, indem die Akteure durch eine bestimmte Verfahrensweise befähigt werden, gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die für alle Seiten gewinnbringend sind. Dazu wird ein neutraler Dritter (Mediator) eingeschaltet, der das Verfahren leitet, als Vertrauensperson fungiert und um ein Machtgleichgewicht der Akteure im Verfahren bemüht



ist. Ein detaillierter Maßnahmenplan steht idealer Weise am Ende eines jeden Mediationsverfahrens.

Unser Projektgebiet ist ein Schutzwald, der oberhalb der Ortschaft Hinterstein Objektschutzfunktion übernimmt und von einer Vielzahl, sowohl ökologischer wie auch sozioökonomischer Gefährdungen betroffen ist. Dieser Schutzwald dient auch den Interessen der Jagd, der Touristen und der Alpgenossenschaft. Eine Verbesserung der Schutzzähigkeit ist zwingend geboten.

Aller Anfang ist schwer

Die Ansätze in der ersten Projektphase der Mediation beinhalten die Identifikation der Beteiligten, eine Konfliktanalyse und eine Vereinbarung der Akteure, an einem Mediationsverfahren nach festgesetzten Regeln teilzunehmen. Im vorliegenden Projekt (Schutzwald Hinterstein) lag der Schwerpunkt zunächst auf der Wahrnehmung und Bewertung des Problems, dem Umgang der Beteiligten untereinander und der Darstellung der unterschiedlichen Interessen.

In vielerlei Hinsicht resultieren Konflikte in Sachthemen weniger auf unumstößlichen Gegebenheiten, sondern vielmehr auf Informationsdefiziten, mangelnder Kommunikation und Beziehungskonflikten. So wurde es als Aufgabe dieses Verfahrens gesehen, hauptsächlich über die Verbesserung dieser Strukturen eine Lösung in der Sache zu erzielen. Die verhandelbaren Sachpunkte umfassten die Themenkomplexe Jagd, Forst, Alpe und Tourismus. Verhandlungsspielräume waren in allen Komplexen gegeben.

Positiv bewertet werden müssen das Interesse der Beteiligten am Mediationsverfahren und der Wunsch nach einer nachhaltigen Lösung.

An dem Mediationsverfahren haben insgesamt 13 Interessengruppen und bis zu 20 Vertreter teilgenommen.

*Alpgenossenschaft
Betroffene Bürger Hinterstein
Deutscher Alpenverein (DAV)
Forstamt Sonthofen
Gemeinde Bad Hindelang (Bürgermeister und Gemeinderäte aus Hinterstein)
Gemeinde Bad Hindelang (Waldwart/Jagdreferent)
Hegegemeinschaft / Hegering
Jagdgenossenschaft
Jäger
Funktionsstelle Schutzwaldsanierung Sonthofen
Untere Jagdbehörde Oberallgäu
Untere Naturschutzbehörde Oberallgäu
Wasserwirtschaftsamt Kempten*

Das Ergebnis der Konfliktanalyse ergab folgendes Bild:

- Wenige klare Zielvorstellungen zu Beginn des Verfahrens
- Undurchschaubare Beziehungen, von alten Konflikten überlagert
- Vermengung von Sach- und Beziehungskonflikte
- Thematik stark ideologisiert
- Schwierigkeit sich in die Lage anderer Akteure zu versetzen
- Kaum Bereitschaft die eigene Position zu revidieren



Die Ausgangssituation war somit nicht einfach und erforderte ein vorsichtiges und behutsames Vorgehen im Mediationsverfahren. In einem ersten Schritt wurden den Akteuren Ergebnisse der Konfliktanalyse in anonymisierter Form vorgestellt. Im Vordergrund stand dabei, die Interessen zu verdeutlichen und Gegensätze herauszustellen. In einer weiteren Sitzung konnten die Teilnehmer ihre Interessen verdeutlichen und Rahmenbedingungen, die z.B. ihre Handlungsmöglichkeiten einschränken, darstellen. Im zweiten Schritt ging es darum zu erfassen, was jeder Teilnehmer tun könnte, um die nun von allen wahrgenommene kritische Schutzwaldsituation, zu verbessern. Im nächsten Schritt des Verfahrens stand die Erarbeitung eines konkreten Maßnahmenplans im Mittelpunkt. Der Plan enthält auch Mechanismen, mit deren Hilfe der Erfolg und die Umsetzung der Maßnahmen kontrolliert werden soll. Das eigentliche Mediationsverfahren wurde durch die gemeinsame Unterzeichnung des Maßnahmenplanes beendet. In der Folgezeit wird es darauf ankommen, dass die Beteiligten ihre Aufgaben auch tatsächlich erfüllen.

Das Maßnahmenpaket wurde von allen im Konsens erarbeitet und einstimmig angenommen. Es ist hervorzuheben, dass es gelungen ist, ein Lösungspaket zu erstellen, das keinerlei bzw. nur geringfügige finanzielle Mehrbelastungen für alle Gruppen darstellt und langfristig ausgerichtet ist.

Folgende Oberziele wurde im Verfahren definiert:

- Die Probleme werden im Verhandlungs- und Konsensweg ausgeräumt und ein ernsthafter, sachbezogener Dialog zur Identifizierung und Abstimmung von Lösungswegen zwischen allen Beteiligten geführt.
- Die Schutzfunktion des Waldes ist gesichert unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Beteiligten.

Folgende Unterziele, denen jeweils entsprechende Maßnahmen zugeordnet wurden, bilden den Kern des Maßnahmenplans:

- Der Verbiss bei Mischbaumarten ist in drei Jahren auf unter 15 Prozent gesunken.
- Alle zur Sicherung der Schutzfunktion des Waldes notwendigen Maßnahmen werden durchgeführt.
- Die Aktivitäten der Alpengenossenschaft bezüglich der Bäume auf der Alpfläche sind für alle bekannt.
- Die Störungen für das Wild durch Touristen beeinträchtigen nicht mehr die Jagd.
- Außenstehende (vor allem in der Bevölkerung, bei den Jagdgenossen, Jägern und der Presse) verstehen und akzeptieren die spezielle Situation und die geplanten Aktivitäten.

Die Umsetzung der Maßnahmen und auftretende Probleme werden im Rahmen eines jährlich stattfindenden Treffens diskutiert.

Das Verfahren wurde von den Teilnehmern anhand folgender Punkte bewertet:

- Verfahrenstransparenz
- Beteiligung und Engagement der Akteure
- Arbeitsatmosphäre
- Chancengleichheit
- Zeitliche Strukturierung
- Einschätzung der Gruppen untereinander
- Differenzierung / Erweiterung der Urteilsdimensionalität:
- Besondere sozialwissenschaftlich beschreibbare Prozesse und grobe Übersicht zur den Mediationsforen
- Akzeptanz des Mediators



Die Bewertung des Verfahrens fiel insgesamt sehr positiv aus. Hervorzuheben ist die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Teilnehmern. Selbst Konflikte, die vor dem Mediationsverfahren bestanden, werden im Nachhinein nicht mehr wahrgenommen. Die Beteiligten bewerten den Maßnahmenplan grundsätzlich als Sieg für alle Gruppen, wobei die Bewertung davon abhängt, inwieweit der einzelne direkt von den Maßnahmen betroffen ist. Auch bei der Beurteilung der Maßnahmen hinsichtlich der Kriterien zielführend, nützlich, wirksam und fair fällt die Einschätzung sehr positiv aus.

Die positiven Wirkungen der Maßnahmen werden vor allem in der Sicherheit der Bevölkerung und der Verbesserung der Verjüngungssituation gesehen. Dagegen scheint sich in der Einschätzung der Beteiligten die Jagdqualität und die Ausübung von Tourismus im Gebiet zu verschlechtern. Zu Beginn des Verfahrens favorisierten die meisten eine nachhaltige, gefolgt von einer fairen Lösung. Bei Bewertung der gleichen Aufstellung am Ende des Verfahrens wurde die faire Lösung wie das einvernehmliche Vorgehen als wichtigstes bewertet, gefolgt von einer Lösung, die Bestand hat.

Generell wird der Ansatz des Mediationsverfahrens, alle Beteiligten gemeinsam entscheiden zu lassen, als das Neue und Positive an dem Verfahren genannt bzw. in der Umkehrung als das fehlende Element gesehen, weshalb nicht schon früher eine Lösung gefunden werden konnte. Auch in der Wahrnehmung der anderen Gruppenmitglieder konnte das Verfahren dazu beitragen, diese höher zu schätzen und die Beziehungen zu verbessern.

Das Mediationsverfahren und sein Ergebnis werden von den Beteiligten als Erfolg gesehen. Die vorherrschende Meinung der Beteiligten „...für dieses Ergebnis hat sich dieser Aufwand auf jeden Fall gelohnt...“ läßt auf eine konsequente Umsetzung des Maßnahmenplans und somit auf eine Verbesserung der Schutzwaldsituation hoffen - nach Meinung der Beteiligten das erste Mal seit langem.

Zusammenfassung

War es vor 150 Jahren das Recht, das die Wälder im Bayerischen Alpenraum in Wert gesetzt hat, so war es im letzten Jahrhundert die Ökonomie. Gegenwärtig spielt die Kommunikation um diese Wälder die zentrale Rolle, wenn es um deren Aufgaben für das Gemeinwohl geht. Im Rahmen dieser Kommunikation wird sich auch die Rolle der öffentlichen Verwaltungen ändern, die als kollektives Gedächtnis gegen das Vergessen ankämpfen werden.

Literaturverzeichnis

- BADER, S.; KUNZ, P. (Hrsg.) (1998): Klimarisiken - Herausforderung für die Schweiz. Wissenschaftlicher Schlussbericht im Rahmen des nationalen Forschungsprogramms "Klimaänderungen und Naturkatastrophen", NFP 31. Zürich: vdf, Hochschulverlag.
- FESTINGER, L. (1957): A theory of cognitive dissonance. Evanston, Ill.: Ross, Peterson.
- GALTUNG, J.; RUGE, M.H. (1965): The structure of foreign news: The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus crises in four Norwegian newspapers. In: Journal of Peace Research, 2: 64-91.
- SOOD, R. (1982): Communication for improved hazard awareness. In: SAARINEN, T. F. (ed.): Perspectives on increasing hazard awareness. Institute of Behavioral Science of the University of Colorado, Boulder: 97-129
- SUDA, M. (1987): Auswirkungen des Waldsterbens auf Siedlungen, Infrastrukturleistungen und den Fremdenverkehr im Bayerischen Alpenraum. Dissertation an der Forstwissenschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München. München.
- ZILLEBEN, H. (Hrsg.) (1998): Mediation - Kooperatives Konfliktmanagement in der Umweltpolitik. Opladen: Westdeutscher.

